

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Aussenpolitische Kommission

CH-3003 Bern

Sekretariat

www.parlament.ch

apk.cpe@pd.admin.ch

Stand: Dezember 2007

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates in der 47. Legislaturperiode (2003 – 2007)

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 47. Legislaturperiode (2003 – 2007)
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick: wichtige Themen in der 48. Legislaturperiode (2007 – 2011) im Zuständigkeitsbereich der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (soweit zurzeit voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44, Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie unterbreiten der Konferenz der Präsiden der Aufsichtskommissionen und -delegationen Anträge oder dem Bundesrat Aufträge für Wirksamkeitsüberprüfungen und wirken bei der Schwerpunktsetzung mit.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8. November 1991 wurden der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates folgende Sachbereiche zugewiesen:

Aussenpolitik: Neutralität, Diplomatie, Internationale Beziehungen, Internationale Organisationen, Entwicklungshilfe, Finanzielle Hilfe, Technische Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Menschenrechte.



Aussenwirtschaftspolitik: WTO, Beziehungen Schweiz-EU, Beziehungen EFTA-EWR, Verträge mit dem Ausland, Währungsfragen, Beziehungen mit dem IWF, Handels- und wirtschaftspolitische Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer, Beziehungen der Schweiz zur Weltbank.

2 Behandelte Geschäfte in der 47. Legislaturperiode (2003 – 2007)

21 Statistischer Überblick

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat insgesamt 251 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Anmerkungen
a.	Volksinitiativen	0	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	34	2 davon in Spezialkommission PFZ
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates	14	
d.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	6	5 x keine Folge geben 1 x Folge geben (vgl. Kapitel 52)
d ^{bis} .	Vorprüfungen von Pa. Iv. durch die Schwesterkommission (Folge gegeben)	0	
e.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	1	Keine Folge geben
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.Iv. / Kt.Iv. 2. Phase, Komm.Iv.)	0	
g.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.Iv.)	0	
h.	Kommissions-Vorstösse	13	Postulate: 6 Motionen: 3 Spezialkommission PFZ: 3 Postulate
i.	Motionen des anderen Rates	4	
j.	Petitionen	11	8 x keine Folge geben 3 x Folge geben
k.	Interne Geschäfte	134	
l.	Spezialfälle	34	
	Total	251	

22 Vorlagen des Bundesrates

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates:

2004:

- 03.079 Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung
- 04.004 Europarat. Bericht des Bundesrates
- 04.005 Aussenwirtschaftspolitik 2003. Bericht
- 04.020 Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS. Weiterführung
- 04.023 Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2003. Bericht



- 04.026 International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA). Beitritt der Schweiz
04.037 Beziehungen mit der UNO und den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz. Bericht 2004
- 04.040 Die Schweiz und die Konventionen des Europarates. Achter Bericht
04.063 Bilaterale Abkommen II. Genehmigung
- 2005:**
- 05.009 Aussenwirtschaftspolitik 2004. Bericht
05.026 Exportförderung. Finanzierung für die Jahre 2006 und 2007. *Mitbericht zuhanden der WAK-N*
05.032 Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahr 2004. Bericht
05.039 Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2004. Bericht
05.042 Beziehungen zur Uno und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz. Bericht 2005
- 05.043 Europarat. Bericht des Bundesrates
05.044 Rüstungsprogramm 2005. *Mitbericht zu Handen der SIK-N*
- 2006:**
- 04.021 s Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas
05.076 n Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen. Abkommen mit dem Fürstentum Liechtenstein
- 05.080 s Neue Regionalpolitik. Bundesgesetz (*Vorlage I*). *Mitbericht*
05.087 sn Bundesbeschluss über Änderungen der Freihandelsabkommen der Efta-Staaten mit Israel, Rumänien und der Türkei
- 05.087 sn Bundesbeschluss über das Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und der Republik Tunesien
- 05.087 sn Bundesgesetz über die Neuregelung der Berichterstattung auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik
- 05.087 sn Aussenwirtschaftspolitik 2005. Bericht
05.090 n Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Korea. Genehmigung. *Mitbericht*
- 06.010 ns Genfer Abkommen. Zusätzliches Schutzzeichen
06.024 n Zollpräferenzbeschluss. Änderung
- 06.039 s Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2005. Bericht
06.040 n WTO/GATS-Verhandlungen. Ausnahmen im öffentlichen Dienstleistungsbereich. und im Subventionssystem. Bericht des Bundesrates (Po. APK-N 03.3456)
- 06.054 ns Beziehungen zur Uno und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz. Bericht 2006 + Prioritäten für die 61. Generalversammlung, Konsultation Art. 152 ParlG
- 06.055 ns Europarat. Bericht des Bundesrates
06.061 n Bericht über die Menschenrechtsaussenpolitik der Schweiz 2003 – 2007
+
Bericht über Massnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung 2005 (06-51)
- 06.064 sn Europabericht 2006 des Bundesrates
06.069 n Bekämpfung des Terrorismus. Abkommen mit den Vereinigten Staaten. *Mitbericht*
06.078 ns EU-Forschungsprogramme in den Jahren 2007-2013. Beteiligung der Schweiz. *Mitbericht*
- 2007:**
- 06.074 n Gaststaatgesetz
06.076 s Personenverkehr. Abkommen mit der Demokratischen Volksrepublik Algerien
06.080 s Gegenseitiger Schutz von Investitionen. Abkommen mit Aserbaidshjan, Guyana, Kolumbien, Serbien-Montenegro und Saudi-Arabien
- 06.082 s Globale Umweltprobleme. Rahmenkredit 2007-2010. *Mitbericht*
06.083 n Vereinte Nationen. Sicherheit von Personal und beigeordnetem Personal. Übereinkommen
06.095 s Internationale humanitäre Hilfe. Weiterführung
06.096 n Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Konvention. *Mitbericht*
06.098 ns Aussenwirtschaftspolitik 2006. Bericht
06.098 ns Bundesbeschluss zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den SACU-Staaten sowie zum Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und den SACU-Staaten
06.098 ns Bundesbeschluss über das Internationale Tropenholz-Übereinkommen von 2006
06.099 s Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS. Weiterführung
- 06.100 s Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU. Beitrag der Schweiz
07.024 n Standortförderung 2008-2011. *Mitbericht*
07.025 s Regionalpolitik. Mehrjahresprogramm 2008-2015. *Mitbericht*
07.036 n Abgeschlossene internationale Staatsverträge im Jahr 2006. Bericht
07.040 s Weltausstellung 2010 in Shanghai. *Mitbericht*



- 07.049 ns Europarat. Bericht des Bundesrates
07.050 sn Beziehungen zur Uno und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz. Bericht 2007
07.056 n Einsatz von Angehörigen der Armee zum Schutz der Schweizer Vertretung in Teheran. Bericht. *Mitbericht*
07.058 ns Aussenpolitischer Bericht, Juni 2007
07.074 sn MEDIA Programm 2007-2013. Abkommen mit der Europäischen Union
07.076 n UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes. Ratifikation. *Mitbericht*
07.077 n UNESCO-Konvention zum Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Ratifikation. *Mitbericht*

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Ausarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlussentwurfes unter Federführung der Kommission (2. Phase): Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hat ihrem Rat keine derartige Vorlage unterbreitet.

24 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte wurde die APK-N durch den Bundesrat über folgende Geschäfte **konsultiert**:

241 Aussenpolitik allgemein:

A gestützt auf Art. 152 Abs. 3 ParlG

- Eine Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten über die polizeiliche Zusammenarbeit.

B gestützt auf Art. 152 Abs. 3bis und 4 ParlG

/

C gestützt auf Art. 151 ParlG

- Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen im Ausland (VSPA)
- Internationale Gesundheitsvorschriften der WHO

242 Europapolitik:

A gestützt auf Art. 152 Abs. 3 ParlG

- Das Verhandlungsmandat betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien.
- Abkommen mit der EU im Bereich der Elektrizität. Verhandlungsmandat
- Das Agrarabkommen Schweiz-EU. Änderung und Ausdehnung auf das Fürstentum Liechtenstein.
- Das Verhandlungsmandat betreffend die Teilnahme der Schweiz an den Bildungs- und Jugendprogrammen der EU 2007 – 2013.

B gestützt auf Art. 152 Abs. 3^{bis} ParlG

- Teilnahme der Schweiz am Programm MEDIA 2007
- Genehmigung der Briefwechsel zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft betreffend die Schweizer Teilnahme am Fusionsforschungsprojekt ITER

243 Vereinte Nationen:

A gestützt auf Art. 152 Abs. 3 ParlG

- Die Prioritäten und Richtlinien der schweizerischen Delegation an die 59. und 60. UNO-Generalversammlung sowie für den UNO-Millenniumsgipfel (2005)
- Die Prioritäten und Richtlinien der schweizerischen Delegation an die 61. und 62. UNO-Generalversammlung



244 Internationale Zusammenarbeit:

/

245 Aussenwirtschaftspolitik:

A gestützt auf Art. 152 Abs. 3 ParlG

- Die revidierten Offerten der Schweiz im Rahmen der WTO-Verhandlungen
- Dritte Schweizer Offerte GATS/WTO.
- Die Verhandlungsmandate in Bezug auf Freihandelsabkommen der EFTA mit Südkorea, Thailand, Indonesien, Algerien und Syrien.
- Die Verhandlungsmandate für Freihandelsverhandlungen der EFTA-Staaten mit Kolumbien, Peru und Albanien.
- Das Verhandlungsmandat betreffend ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Japan.

Zudem hat sich die Kommission im Sinne von Art. 152. Abs. 2 ParlG durch den Bundesrat über wichtige Entwicklungen und Grundsatzfragen **orientieren** lassen und dazu Stellung genommen. Besonders wichtige Geschäfte unter diesem Blickwinkel waren:

Aussenpolitik allgemein:

- Die Standortbestimmung des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz (2005)
- Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland

Europapolitik:

- Der Fortgang der Verhandlungen mit der EU bezüglich der bilateralen Abkommen II, der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten und des Beitrages der Schweiz an der Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU
- Beteiligung der Schweiz an den Programmen der EU in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung, Bildung, Wettbewerbsfähigkeit/Innovation 2007 – 2013

Vereinte Nationen:

- Die UNO-Reformen

Internationale Zusammenarbeit:

- Die Menschenrechtsdialoge mit ausgewählten Drittländern

Aussenwirtschaftspolitik:

- Die WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde
- Die Freihandelspolitik der Schweiz und das anvisierte Freihandelsabkommen mit den USA

Im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d ParlG (siehe oben) hat sich die APK-N mit verschiedenen aktuellen Themen aus ihrem Zuständigkeitsbereich auseinandergesetzt:

- Seminar über die Uno-Reformen (2004)
- Zweiter EU-Anhörungszyklus (2005 und 2006)
- Geopolitische Gesamtschau (2005)
- Seminar über Freihandelsabkommenspolitik der Schweiz (2005)
- Seminar zur Stellung der Landwirtschaft im Rahmen der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik (2006)
- Anhörungen zu den Aktivitäten schweizerischer Organisationen im Bereich der Antipersonenminen (2006)



- Aussprachen mit den zuständigen Departementsvorstehern: Aktuelles aus dem EDA, Aktuelles aus dem EVD, Aktuelle europapolitische Themen, Stand der Gespräche im Zusammenhang mit dem Flughafen Zürich

Die Kommission führt jährlich eine Informationsreise im Ausland durch mit dem Ziel, sich über das besuchte Land und dessen Verhältnis zur Schweiz zu informieren sowie die bilateralen parlamentarischen Beziehungen zu pflegen. Die Kommission besuchte Mosambik (2004) sowie die Tschechische Republik und Slowakei (2005). Zudem reisten die beiden APK-Präsidenten auf Einladung ihrer Amtskollegen nach Kolumbien (2005). Im Jahre 2006 reiste die APK-N in die USA und im Jahre 2007 besuchte sie Russland. Eine Delegation der Aussenpolitischen Kommission des kroatischen Parlaments weilte zu einem Besuch in der Schweiz und traf sich mit der APK-N (2007).

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2003 – Wintersession 2005: Erwin Jutzet
Präsident Wintersession 2005 – Wintersession 2007: Luzi Stamm
- Vizepräsident Wintersession 2003 – Wintersession 2005: Luzi Stamm
Vizepräsident Wintersession 2005 – Wintersession 2007: Geri Müller

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2003:
Banga Boris, Bühler Gerold, Cuche Fernand, Darbellay Christophe, Dupraz John, Eggly Jacques Simon, Fehr Mario, Gysin Remo, Markwalder Bär Christa, Maury Pasquier Liliane, Mörgeli Christoph, Müller Geri, Müller Walter, Müller-Hemmi Vreni, Müri Felix, Pfister Gerhard, Renwald Jean-Claude, Schibli Ernst, Schlüer Ulrich, Schmied Walter, Studer Heiner, Wobmann Walter, Zapfl Rosmarie
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2003:
John-Calame Francine ersetzt Cuche Fernand ab Sommersession 2005
Riklin Kathy ersetzt Zapfl Rosmarie ab Wintersession 2006
Janiak Claude ersetzt Jutzet Erwin ab Frühjahrsession 2007

33 Subkommissionen

Die Kommission hat in der Legislaturperiode 2003 - 2007 keine Subkommissionen gebildet.

34 Sekretariat

- Janke Paolo, Kommissionssekretär, 100%
- Tripet Florent Manuel, stv. Kommissionssekretär seit 1. Januar 2007, 100%
- Reusser Marianne, Admin. Sekretärin, 80%
- Praktikantin oder Praktikant, 100 %

4 Zeitaufwand der Kommission 2004 - 2007

41 Kommission

Die insgesamt **35 Sitzungen** (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben **50 Sitzungstage** beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt **369.25 Stunden** (knapp 7,4 Stunden pro Sitzungstag).



42 Subkommission(en)

Keine.

5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

51 Prüfung von Bundesratsvorlagen¹

511 Aussenpolitik allgemein

Eine weitere für die Kommission wichtige Bundesratsvorlage bildete im Jahre 2007 das **Gaststaatgesetz** (06.074). Diese Vorlage fasst im Wesentlichen die verschiedenen bestehenden Rechtsgrundlagen im Bereich der Gaststaatspolitik zusammen und stellt die Entscheide, die direkt auf den verfassungsmässigen Kompetenzen des Bundesrats beruhen, auf eine formelle Rechtsgrundlage. Die vorgeschlagene gesetzliche Regelung wurde angesichts der grossen aussenpolitischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Gaststaatspolitik für die Schweiz als sehr sinnvoll eingestuft. Eine Kommissionsminderheit stand hingegen dem Gesetz ablehnend gegenüber, da ihrer Ansicht nach es eine unerwünschte Ausdehnung der Immunitäten und Privilegien mit sich bringt.

Ferner hat die APK-N den **Aussenpolitischen Bericht 2007** (07.058) zur Kenntnis genommen und diesen Überblick über die Schwerpunkte der aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz im Jahr 2006 gewürdigt. Kritisiert wurde das Fehlen von strategischen und prospektiven Aussagen. Das Interesse der Kommission galt insbesondere den Anhängen betreffend die Neutralität und das humanitäre Völkerrecht.

512 Europapolitik

Die **Genehmigung der Bilateralen Abkommen II zwischen der Schweiz und der EU** (04.063 sn) ist das wichtigste Geschäft, das die Kommission im berücksichtigten Zeitraum beraten hat. Diese zum Teil umstrittenen Abkommen betreffen die Bereiche 1) polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration (Schengen/Dublin), 2) Zinsbesteuerung, 3) Betrugsbekämpfung, 4) verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, 5) Umwelt, 6) Statistik, 7) Media, 8) Bildung, Berufsbildung und Jugend 9) Ruhegehälter. Sie wurden im dringenden Verfahren parallel in beiden APK-N und –S im Herbst 2004 beraten, was einen sehr intensiven Einsatz der Kommission mit ausserordentlichen Sitzungen erforderte².

Die Kommission behandelte den **Europabericht 2006** (06.064 sn), welcher sieben Jahre nach dem vorhergehenden Integrationsbericht von 1999 erschien. Die Kommission begrüsst mehrheitlich die Auslegeordnung des Bundesrates betreffend die Optionen der schweizerischen Europapolitik sowie das Bekenntnis zum bilateralen Weg. Nach Ansicht der Minderheit fehlte hingegen dem Bericht eine strategische Vision für die Zukunft.

Des Weiteren befasste sich die APK-N im Jahr 2006 mit dem **Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas** (04.021 s). Dieses Gesetz stellt die rechtliche Grundlage für die Aktivitäten der Osthilfe und deren Finanzierung sowie für die Erweiterungsbeiträge der Schweiz an die neuen EU-Mitgliedstaaten dar. In der Kommission

¹ Weitere Informationen über die in der APK-N behandelten Vorlagen sind in der elektronischen Datenbank des Parlamentes Curia Vista unter Eingabe der Geschäftsnummer abrufbar (<http://www.pd.admin.ch>).

² Gleichzeitig zu den Bilateralen Abkommen II haben die Räte auch das Zusatzprotokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedländer (04.066 s) sowie die damit zusammenhängenden flankierenden Massnahmen (04.067 s) beraten. Im Nationalrat wurden diese Geschäfte einer Spezialkommission zur Vorberatung zugewiesen.



wurde die Vorlage von einer Minderheit bekämpft, die den ersten Erweiterungsbeitrag an die im Jahr 2004 der EU beigetretenen Länder Zentral- und Osteuropas ablehnte. Ihre Anträge auf Nichteintreten bzw. Rückweisung an den Bundesrat wurden verworfen.

Im Zusammenhang mit diesem Bundesgesetz befasste sich die Kommission mit dem **Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union** (06.100 s). Die Diskussion fokussierte sich auf die Frage der Kompensation der Aufwendungen von 1 Milliarde Franken im Bundeshaushalt und deren Implikationen für die Osthilfe. Die Mehrheit der Kommission befürwortete eine konsequente Umsetzung der überwiesenen Motion Leuthard "Disparitätanzahlungen" (05.3808), welche verlangte, die Kompensation nicht zulasten der öffentlichen Entwicklungshilfe vorzunehmen.

Zudem hat die Kommission **zwei Rahmenkredite zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS** beraten. Der Erste (04.020 s) wurde als eine zweijährige Verlängerung (2005-2006) des III. Rahmenkredits um 400 Millionen Franken als Überbrückung bis zur Klärung des Fragenkomplexes Erweiterungsbeitrag/Osthilfe genehmigt. Beim nachfolgenden IV. Rahmenkredit (06.099 s) für die Zeitspanne 2007–2010 beantragte die Kommission eine Erhöhung von 650 auf 730 Millionen Franken, um die Auswirkungen der Kompensation des Erweiterungsbeitrags auf die Osthilfe aufzufangen. Diesem Antrag wurde in beiden Räten zugestimmt.

Eine weitere wichtige Bundesratsvorlage war die **Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung**.

513 Vereinte Nationen

Der **jährliche Bericht über die Beziehungen der Schweiz zur Uno und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz** zählt ebenfalls zu den wichtigsten bundesrätlichen Vorlagen, die in der Kommission behandelt worden sind (Berichte 2004, 2005, 2006 und 2007). Dabei wird die Kommission jeweils über die Prioritäten und Richtlinien der Schweizer Delegation im Hinblick auf die Uno-Generalversammlung gemäss Art. 152 Abs. 3 ParlG konsultiert. Im Hinblick auf die Teilnahme am Millennium+5-Gipfel vom September 2005 wurde die Kommission zudem zum Zwischenbericht der Schweiz 2005 über die Millenniums-Entwicklungsziele konsultiert.

514 Internationale Zusammenarbeit

Die Schweiz beteiligt sich an der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Armutsbekämpfung, Friedensförderung und Menschenrechte. Auf diesem Gebiet genehmigte die Kommission namentlich folgende Vorlagen: das **Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 über die Annahme eines zusätzlichen Schutzzeichens** (06.010 ns) und den **Rahmenkredit über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft** (06.095 s). Ferner nahm sie den **Bericht vom 31. Mai 2006 über die Menschenrechtsausserpolitik der Schweiz (2003-2007)** (06.061 n) zur Kenntnis. Zudem hat die Kommission dem **Beitritt der Schweiz zur International IDEA**, eine auf dem Gebiet der Demokratie- und Friedensförderung tätige internationale Organisation, zugestimmt.

515 Aussenwirtschaftspolitik

Auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik standen die **Berichte über die Aussenwirtschaftspolitik 2003, 2004, 2005 und 2006** zur Diskussion. Der Aussenwirtschaftsbericht 2004 beinhaltete, neben dem gewöhnlichen Rückblick auf die Tätigkeiten des Bundes im Jahre 2003, neu eine Auslegeordnung betreffend die mittelfristige



strategische Ausrichtung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik. Der Aussenwirtschaftsbericht 2005 befasste sich mit der Umsetzung der im Bericht 2004 beschriebenen strategischen Ausrichtung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik. Im Nationalrat beantragte eine Minderheit den Bericht und die Strategie zu trennen, um dem Rat die Möglichkeit zu bieten den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und über die Strategie zu diskutieren. Mit eindeutiger Mehrheit wurde jedoch der Antrag abgelehnt. Die den Bericht 2006 prägenden aussenwirtschaftspolitischen Ereignisse waren die Turbulenzen in der WTO, die Annahme des Osthilfegesetzes in der Volksabstimmung vom 26. November sowie die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zu einer Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse, mit der das in der EU geltende Cassis-de-Dijon-Prinzip auch in der Schweiz eingeführt werden sollte.

52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen

Die Kommission prüfte in der Berichtsperiode folgende fünf parlamentarische Initiativen vor und beschloss, ihnen keine Folge zu geben:

- 04.466 Pa.Iv. Sommaruga Carlo. Von Israel exportierte landwirtschaftliche, gewerbliche oder industrielle Erzeugnisse aus dem Westjordanland oder dem Gazastreifen. Nationales Ein- und Durchfahrverbot.
- 04.477 Pa.Iv. Vischer. Rückzug der Schweiz aus dem EFTA-Abkommen mit Israel vorgeprüft und beantragt, ihnen keine Folge zu geben.
- 05.407 Pa.Iv. Ziyadis. GATS. Obligatorisches Referendum
- 06.411 Pa.Iv. Freysinger. Neutralitätskonforme Finanzhilfe an die palästinensischen Gebiete. Im Zusammenhang mit dieser Initiative beschloss die Kommission ein Postulat einzureichen: 07.3000 Po. Aussenpolitische Kommission NR (06.411): Tätigkeiten der NGO in den palästinensischen Gebieten und in Israel. Dieses Postulat wurde am 22.06.2007 vom Nationalrat angenommen.
- 06.433 Pa.Iv. Fraktion S. Stärkung des Parlaments in der Europapolitik. Die Kommission hatte zunächst der Initiative Folge gegeben, war aber auf ihren Entscheid zurückgekommen, nachdem die Aussenpolitische Kommission des Ständerates diesem Entscheid mit einer deutlichen Mehrheit nicht zugestimmt hatte.

Des Weiteren prüfte die Kommission in der Berichtsperiode eine Standesinitiative vor:

- 06.303 Kt.Iv. SZ. Rückzug des Beitrittsgesuchs Schweiz-Europäische Union. Sie beschloss aber, ihr keine Folge zu geben.

53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen ("2. Phase" von parlamentarischen und kantonalen Initiativen / Kommissionsinitiative)

Keine.

54 Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik

Die wichtigsten Geschäfte, mit welchen sich die APK-N im Rahmen der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte gemäss Art. 152 ParlG befasst hat, waren die Beziehungen der Schweiz zur EU, die multilaterale (WTO) und bilaterale Freihandelspolitik (Freihandelsabkommen) der Schweiz, die UNO-Reformen und die Rolle der Schweiz sowie die Neuorientierung der schweizerischen Aussenpolitik (für die einzelnen Geschäfte vgl. Punkt 24).

In diesem Zusammenhang hat die APK-N dem Bundesrat gegenüber wiederholt kritisiert, dass sie zu wenig in die Gestaltung wichtiger aussenpolitischer Vorhaben einbezogen und vor vollendeten Tatsachen gestellt worden ist. Dies war namentlich der Fall bei der Neuorientierung der schweizerischen Aussenpolitik sowie beim Solidaritätsbeitrag der Schweiz an die erweiterte EU.



55 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (ParIG Art. 44 Abs. 1 Bst. c)

Die Kommission hat im Jahr 2005 eine Reihe von Anhörungen über die Politiken und Institutionen der EU durchgeführt. Folgende Politikbereiche wurden mit Vertreterinnen und Vertretern der EU, namentlich mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments diskutiert: die europäische Verfassung, die Regional- und Kohäsionspolitik der EU, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Finanz- und Währungspolitik der EU sowie die Kultur-, Bildung- und Forschungspolitik der Europäischen Union und die Zusammenarbeit mit der Schweiz. Im Rahmen des Anhörungszyklus hat die Kommission eine Sitzung im Europäischen Parlament in Brüssel abgehalten.

Die Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerates haben ein Seminar über die Uno-Reformen im Mai 2004 abgehalten. An diesem Seminar wurden die folgenden Themen behandelt:

- Die Rolle der Uno vis-à-vis der neuen Bedrohungen im Bereich Frieden und Sicherheit
- Die Reform des Sicherheitsrates
- Die Verstärkung der Uno in den wirtschaftlichen und sozialen Bereich
- Die Reform der Menschenrechtskommission
- Die Revitalisierung der Generalversammlung
- Die Rolle der nationalen Parlamente, der zivilen Gesellschaft und der Unternehmen

Im Rahmen der Verfolgung der Entwicklungen auf internationaler Ebene hat sich die APK-N einer allgemeinen Analyse mit einem Seminar unter dem Titel „Geopolitische Gesamtschau gewidmet, an dem verschiedene Professoren des HEI und der Universität Genf beteiligt waren. In diesem Zusammenhang hat sich die Kommission mit der Frage befasst, ob die Genfer Konventionen zu reformieren seien. Weiter standen regelmässig die Situation im Nahen Osten sowie die Vermittlerrolle der Schweiz (Genfer Initiative, UNO-Mandat betreffend die Sperrmauer) im Zentrum der Diskussionen.

Im Rahmen eines Seminars setzte sich die Kommission im Jahre 2006 mit der Stellung der Landwirtschaft im Rahmen der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik auseinander. Dieses Seminar bezweckte die Erkennung des Zusammenhangs zwischen der Multifunktionalität der schweizerischen Landwirtschaft und aktuelle aussenwirtschaftspolitische Gegebenheiten. Weiter diente dieses Seminar der Darstellung der zukünftigen Rolle der Landwirtschaft unter dem Blickwinkel der verschiedenen Optionen der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik: 1) Die Schweizerische Landwirtschaft im Rahmen der WTO-Verhandlungen; 2) Agrarabkommen zwischen der Schweiz und der EU; 3) Die schweizerische Landwirtschaft im Rahmen der Freihandelspolitik (EFTA, bilateral, namentlich mit den USA).

Ebenfalls im Jahre 2006 führte die APK-N Anhörungen den Aktivitäten schweizerischer Organisationen im Bereich der Antipersonenminen durch. Diese Anhörungen verfolgten dabei folgende Ziele: Aneignung und Vertiefung von Kenntnissen im Zusammenhang mit den Aktivitäten schweizerischen Organisationen, welche sich mit dem Bereich der Antipersonenminen befassen, Unterscheidung und Definition der verschiedenen Aktivitäten im Bereich der Antipersonenminen und die Koordinationsmöglichkeiten bezüglich der verschiedenen Aktivitäten und der Effizienz zwischen den verschiedenen Organisationen.

Was die jährlichen Informationsreisen anbelangt, war jene nach Mosambik (2004) umstritten, da eine Kommissionsminderheit einen Besuch nach Deutschland angesichts der Probleme um den Flughafen Zürich als prioritär betrachtete. Die Reise erwies sich als sehr



anstrengend, brachte aber auch wertvolle Erkenntnisse über ein bedeutsames Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, in welchem innovative Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden. Der Besuch in der tschechischen und in der slowakischen Republik (2005) stand unter dem Zeichen der jungen EU-Mitgliedschaft dieser Staaten und erfolgte vor dem Hintergrund der Debatte über den Solidaritätsbeitrags der Schweiz an die erweiterte EU. Der Besuch in den USA der APK-N im Jahre 2006 war den folgenden drei thematischen Bereichen gewidmet: Internationale Organisationen (UNO, Internationaler Währungsfonds, Weltbank) und Rolle der Schweiz in denselben; Präsenz der Schweiz in den Vereinigten Staaten und bilaterale Beziehungen Schweiz – USA; aktuelle politische Lage in den USA. Die Informationsreise 2007 nach Russland hatte als Hauptziel, die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene zu pflegen und zu vertiefen sowie die neue russische Vormachtstellung im Energie- und Wirtschaftsbereich auszuleuchten.

56 Koordination mit anderen Kommissionen

Die Kommission hat zu folgenden Geschäften Mitberichte verfasst:

- Exportförderung. Finanzierung für die Jahre 2006 und 2007 (zuhanden der WAK-N)
- Rüstungsprogramm 2005 (zuhanden der SiK-N)
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Korea. Genehmigung (Stellungnahme zuhanden de WAK-N; kein Mitbericht)
- Soziale Sicherheit. Abkommen mit Bulgarien (zuhanden der SGK-N)
- Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Konvention (zuhanden der RK-N)
- Mo. WAK-N. Reorganisation der Landeswerbung (zuhanden WAK-N)
- Standortförderung 2008-2011 (Informationsschreiben zuhanden der WAK-N)
- Mineralölsteuergesetz: Völkerrechtskonforme Umsetzung (Mitbericht an UREK-N)
- Weltausstellung 2010 in Shanghai (Mitbericht an WBK-N)
- Einsatz von Angehörigen der Armee zum Schutz der Schweizer Vertretung in Teheran. Bericht (Mitbericht an die SiK-N)
- UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes. Ratifikation. (Mitbericht an WBK-N)
- UNESCO-Konvention zum Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Ratifikation. (Mitbericht an WBK-N)

Die relativ grosse Anzahl von Geschäften, welche die APK-N im Rahmen des Mitberichtverfahrens gemäss Art. 49 Abs. 4 ParlG behandelt hat, lässt sich dadurch erklären, dass als Folge der Globalisierung die Verflechtung zwischen Innen- und Aussenpolitik zunimmt. Zahlreiche Geschäfte mit vorwiegend innenpolitischem Charakter weisen auch eine wichtige aussenpolitische Dimension auf, zu der die APK-N als Fachkommission im Bereich Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik Stellung zu nehmen hat. Die Zusammenarbeit unter Kommissionen im Rahmen des Mitberichtverfahrens kann als sehr positiv beurteilt werden. Sie hat zur Klärung der Sachlage und zur Meinungsbildung der Kommissionsmitglieder beigetragen. Auch ist die Zusammenarbeit unter den Kommissionssekretariaten, insbesondere mit demjenigen der WAK, reibungslos und effizient erfolgt.

6 Ausblick: wichtige Themen der 48. Legislaturperiode (Dezember 2007 – 2011) im Zuständigkeitsbereich der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates (soweit z.Zt. voraussehbar)

Die geographische und thematische Schwerpunktsetzung der schweizerischen Aussenpolitik wird im Zentrum der Tätigkeit der Kommission stehen. Dabei wird die Kommission auf eine möglichst effiziente Interessenwahrung unter Berücksichtigung der Grundsätze Universalität,



Neutralität, Achtung von Frieden und Menschenrechten sowie Beteiligung an der Lösung globaler Probleme mitwirken. In dieser Hinsicht ist die Kommission entschlossen, ihre Mitgestaltungsrechte besser durchzusetzen.

Im Bereich der Europapolitik wird sich die Kommission mit der Konsolidierung des bilateralen Vertragswerks mit der EU befassen. Dabei geht es um neue Abkommen, wie etwa mittelfristig im Bereich Elektrizität oder Gesundheit. Weiter handelt sich um die Anpassung bereits bestehender Abkommen aufgrund von Erweiterungen oder institutionellen Entwicklungen in der EU. Diesbezüglich stehen die Ausdehnung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit sowie ein allfälliger Erweiterungsbeitrag an Rumänien und Bulgarien an. Europapolitisch von grosser Bedeutung wird die Weiterführung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit sein. Ein Rahmenabkommen zur Institutionalisierung des politischen Dialogs zwischen der Schweiz und der EU könnte ebenfalls zur Diskussion stehen. Die Kommission wird sich auch den Problemen annehmen, die künftig die bilateralen Beziehungen zur EU belasten könnten, wie gegenwärtig der Fall der Unternehmensbesteuerung zeigt. Schliesslich wird die Kommission die Rechtsentwicklung in der EU verfolgen und deren Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis sowie auf die schweizerische Rechtsordnung erörtern.

Die Stellung und Rolle der Schweiz in den Vereinten Nationen wird ein zweiter Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit darstellen. Die Kommission wird die Aktivitäten der UNO verfolgen und sich über die Mitarbeit der Schweiz informieren lassen, entweder mittels der in Artikel 152 ParlG festgelegten Konsultationsmechanismen oder im Rahmen der Gespräche über aktuelle Themen mit der Vorsteherin des EDA. In thematischer Hinsicht werden insbesondere die Reformen der Weltorganisation – im speziellen diejenigen des Sicherheitsrats – sowie eine allfällige Schweizer Kandidatur für einen Einsitz im Sicherheitsrat im Mittelpunkt stehen.

Die dritte Priorität wird die bilaterale und multilaterale Beteiligung der Schweiz an der internationalen Zusammenarbeit sein. Auf multilateraler Ebene spielen hier neben der UNO die Bretton Woods Institutionen eine wichtige Rolle. Die Kommission wird die Politiken und die Aktivitäten der Schweiz im Rahmen der Entwicklung- und Ostzusammenarbeit, der humanitären Hilfe, der zivilen Friedens- und Menschenrechtsförderung sowie der Wirtschafts- und Währungshilfe prüfen und mitgestalten. Sie wird sich insbesondere mit den Rahmenkrediten zur Finanzierung der jeweiligen sektoriellen Aktivitäten befassen und dabei die strategische Ausrichtung und die Prioritäten der verfolgten Politiken prüfen.

Ferner wird sich die Kommission mit Fragen des Welthandels befassen. Schwergewichtig werden sich die Kommissionsberatungen in diesem Gebiet auf die Verhandlungen im Rahmen der WTO sowie auf die bilateralen Massnahmen zur Verbesserung der Stellung der Schweiz im internationalen wirtschaftlichen Umfeld (Freihandelsabkommen) konzentrieren.

Schliesslich wird die Kommission die allgemeine internationale Lage sowie die bilateralen diplomatischen Beziehungen der Schweiz mit Drittländern verfolgen.